Hildesheimer Allgemeine Zeitung
v. 15.05.2015, S. 22

Sichtschutz für den „Kalimandscharo“

K+S nimmt zu Auswirkungen des geplanten Kaliabbaus auf Sarstedt Stellung: Erst 2040 Abbau am Stadtrand

VON THOMAS WEDIG

SARSTEDT. Vor zahlreichen Zuhörern hat der Stadtentwicklungsausschuss über die Stellungnahme der Stadt Sarstedt zum Neustart des Kaliabbaus im Giesener Bergwerk diskutiert. Die Stadtverwaltung hatte einen Entwurf vorgelegt, die Fraktionen haben einige Änderungsvorschläge. Im Ausschuss informierten Johannes Zapp, Dirk Uthoff und Joachim Lodzig als Vertreter des Unternehmens K+S über aktuelle Einschätzungen und mögliche Auswirkungen des Kaliabbaus auf Sarstedt:

- Der unterirdische Abbau wird den Sarstedter Stadtrand nach bisheriger Planung erst im Jahr 2040 erreichen. Bis dahin wird nur tief unter den Äckern zwischen Giesen und Sarstedt Salz abgebaut. Ein Abbau in der Nähe der Wohnbebauung sei aber auch kein größeres Risiko, betont Projektleiter Zapp.
- Bergsenkungen werden laut K+S minimal sein: laut Prognose 0,08 Millimeter Abweichung pro Meter. „Hochgerechnet auf ein zehn Meter breites Haus wären das 0,8 Millimeter“, rechnet Zapp vor: „So genau arbeitet kein Fliesenleger. Solche Abweichungen gibt es ohnehin in jedem Haus.“ Uthoff meint, Hausbesitzer seien durch die Beweislastumkehr in einer besseren Position: Früher mussten sie beweisen, dass ein Bergwerk für einen Gebäudeschaden verantwortlich war – heute muss dessen Betreiber beweisen, dass das Bergwerk nicht verantwortlich ist.
- Das Monitoring, das frühzeitig Senkungen und mögliche Gebäudeschäden erkennen soll, umfasst laut K+S rund um das Bergwerk 85 Messpunkte auf einer Gesamtlänge von 28 Kilometern. Das Unternehmen sei bereit, dieses Netz zu verdichten, wenn sich der Abbau der Stadt nähert. Die Messergebnisse sollen regelmäßig ins Internet gestellt werden und dadurch für jeden einsehbar sein.
- Prognosen zu neuen Herausforderungen für den Hochwasserschutz sind laut K+S nicht auf Jahrzehnte in die Zukunft möglich. Der Hochwasserschutzplan des Landkreises werde auch immer wieder angepasst. Die unverbindliche Botschaft des K+S-Trios: Das Unternehmen habe das Thema „auf dem Schirm“ und sei bereit, seinen Teil dazu beizutragen.
- Die neue Halde soll nicht rundherum bepflanzt werden. Um das Landschaftsbild nicht allzu sehr zu beeinträchtigen, setzt K+S eher auf „Kulissenbepflanzung“ als Sichtschutz. Uthoff erklärt das Prinzip: Je näher eine Baumreihe zum Beispiel zum Betrachter in Sarstedt steht, desto besser schirmt sie die Sicht auf die Kalihalde ab.
- Am Aufhäufen einer neuen Halde führe kein Weg vorbei, sagt Uthoff über die aktuelle Einschätzung und ergänzt: „Das ist aber kein Dogma. Wenn es in zehn Jahren neue Erkenntnisse gibt, müssen wir neu nachdenken.“
- Unterirdische Sprengungen gebe es derzeit noch nicht, versichert Lodzig – auch wenn es schon mehrere Beschwerden von Anwohnern gegeben hat, die Geräusche oder Erschütterungen darauf zurückführten. Derzeit gebe es unter Tage lediglich Probebohrungen, die oben keinesfalls zu hören seien. Wenn der Betrieb im Bergwerk startet, sind dreimal pro Tag Sprengungen geplant: zum Schichtwechsel, dann ist kein Personal in der Nähe.
- Jeden Donnerstag bietet K+S sieben Interessierten die Möglichkeit, sich unter Tage zu informieren. Zapps Zusage: Ab Juli sollen Sarstedter bevorzugt berücksichtigt werden.

Der „Kalimandscharo“, von Sarstedt gesehen. Sichtschutz vor einer zweiten Halde sollen Baumreihen im freien Feld bieten. Foto: Wedig

Nordstemmer sind gegen neue Kalihalde

NORDSTEMMEN. Die Gemeinde Nordstemmen verlangt, dass der geplante Kaliabbau nicht näher als 200 Meter an Rössing und Barnten heranreicht. Das geht aus dem Entwurf für die Stellungnahme der Gemeinde zum laufenden Planfeststellungsverfahren hervor, über den der Bauausschuss beraten hat. Die Politiker sehen auch die umstrittene neue Abraumhalde kritisch. Diese Kritik soll in einer separaten Resolution und nicht in der offiziellen Stellungnahme formuliert werden.

Wie so oft bei der Diskussion um die Wiederaufnahme des Kalibergbaus in Giesen stand die neue Halde wieder im Mittelpunkt. Dabei kommt sie in der offiziellen Stellungnahme der Gemeinde gar nicht vor. Denn Belange der Gemeinde seien durch den Bau einer neuen Halde nicht berührt, erläuterte Rainer Bödeker von der Gemeindeverwaltung: „Als Gemeinde müssen wir uns im Rahmen unserer Zuständigkeit bewegen.“ Das hielt die Politiker aber nicht davon ab, munter über die Halde zu diskutieren. Dr. Cornelia Ott kann nicht verstehen, dass sich Landwirte über Ausgleichsflächen beschweren. Dabei sei doch die Halde das eigentliche Problem: „Das ist eine unheimliche Flächenversiegelung.“ Da stimmte ihr Ausschussvorsitzender Jens Pape zu. 120 Hektar Ackerboden gingen durch die Halde verloren. Als Vergleich verwies der CDU-Politiker und Landwirt darauf, dass es in Nordstemmen insgesamt nur 260 Hektar landwirtschaftliche Fläche gebe. Es dürfe auf keinen Fall passieren, dass die Halde einfach nur begrünt werde. Das Unternehmen müsse die Halde nach dem Ende des Bergbaubetriebs wieder abtragen.

Auch CDU-Fraktionschefin Cornelia Nagel sieht die Abraumhalde mit einer Höhe von bis zu 70 Metern sehr kritisch: „Diese neue Halde ist ein unglaublicher Einschnitt in die Landschaft und ins Leinetal. Das gibt einen komplett anderen Eindruck.“ Günter Netenjakob schlug vor, die Rückstände aus der Kaliproduktion zu Streusalz weiterzuverarbeiten. „Dann hätten wir das Problem mit den Bergen nicht.“ Dies lehnt K+S allerdings ab, weil die Aufbereitung nach Angaben des Unternehmens zu aufwendig wäre.

Nach Ansicht von Bürgermeister Norbert Pallentin (SPD) wird die Wiederaufnahme des Kalibetriebs zwar keine hohen Gewerbesteuer-Einnahmen für die Gemeinde bringen. Er sagt aber eine „wirtschaftliche Belebung“ voraus. Das Unternehmen werde „Perspektiven für viele Familien“ bieten. SPD-Politikerin Ott ist da skeptisch: „Alle erhoffen sich den wirtschaftlichen Aufschwung. Das sehe ich noch nicht so.“

Rechtzeitig zur Ratssitzung am 28. Mai will Ott den Entwurf einer Resolution zur Kalihalde vorlegen. Dem Entwurf für die offizielle Stellungnahme stimmte der Ausschuss einstimmig zu. Sie enthält unter anderem die Forderung, dass der Abbau maximal bis 200 Meter an Rössing und Barnten heranreichen darf. Bei einem Abbau darüber hinaus soll dies erneut unter Beteiligung der Gemeinde beantragt werden. Außerdem fordert die Gemeinde, dass die Sprengerschütterungen im laufenden Betrieb gemessen werden. Sollte diese Messung schlechtere Ergebnisse ergeben als prognostiziert, verlangt die Gemeinde eine Beweissicherung an den Gebäuden.

In Bezug auf mögliche Bergschäden unterstützt die Gemeinde den Plan, regelmäßig die Senkungen zu messen. Allerdings ist laut Gemeinde der vorgesehene Rhythmus „inakzeptabel“. Vorgeschlagen werden stattdessen jährliche Messungen.